



Informationen aus dem Gemeinderat Sitzung vom Mittwoch, 07. Juni 2017

Liebe Genossinnen und Genossen

In der Folge erhält ihr eine kurze Zusammenfassung über die wichtigsten Punkte dieser Gemeinderatssitzung.

Traktanden der Sitzung

1. Mitteilungen

Es gab keine wichtigen Mitteilungen.

2. Ausserordentliche Fragestunde

Unser Gemeinderat Sait Acar stellte die folgende Frage:

Die Stadt Adliswil hat nun bereits viele Sammelstellen für Altglas und Metallbüchsen mit dem neuen Unterflursystem ausgestattet. Diese Lösung ist ein Erfolg und hat massgeblich zur Entschärfung des Chaos bei der Sammelstelle bei der Wachtbrücke geführt. Der Stadtrat hatte bei der Behandlung der damaligen Vorlage in Aussicht gestellt, dass alle Sammelstellen in Adliswil mit einem Unterflursystem ausgestattet werden sollen. Leider wurde dies bis heute nicht umgesetzt.

Ich bitte den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1. Weshalb ist sind nicht sämtliche Sammelstellen in Adliswil (wie z.B. diejenigen Im Sihlhof) noch nicht auf ein Unterflursystem umgebaut?*
- 2. Gibt es noch andere Sammelstellen, die noch nicht auf ein Unterflursystem umgebaut sind?*
- 3. Wirkt sich das neue System positiv auf das Litteringverhalten aus?*

Stadträtin Susy Senn beantwortete die Fragen folgendermassen:

1. Die Sammelstelle im Sihlhof wurde noch nicht umgestellt, weil hier noch ein besserer Standort gesucht wird.
2. Alle anderen Sammelstellen sind umgerüstet.
3. Die neuen Sammelstellen wirken sich positiv auf das Littering aus. Das bestätigt auch der Littering Club Adliswil.

3. Jahresrechnung und Bericht 2016

(SRB 2017-71) Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Der Sprecher der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission empfahl Jahresrechnung und Bericht zu Annahme. Für die SP-Fraktion hielt Carmen Marty Fässler folgendes Votum:

Sehr geehrter Herr Gemeinderatspräsident, Frau und Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat

Die Jahresrechnung 2016 der Stadt Adliswil weist bei einem Aufwand von 151,1 Mio. Franken und einem Ertrag von 152,1 Mio. Franken ein Plus von 1 Mio. Franken aus. Budgetiert war für das Jahr 2016 ein Aufwandüberschuss von 8,4 Mio. Franken. Grund für die Mehreinnahmen sind hauptsächlich höhere Steuererträge von natürlichen und juristischen Personen. Erfreulicherweise schliesst auch diese Jahresrechnung viel besser ab als budgetiert. Somit stehen den vielen anstehenden Investitionen hoffentlich nicht länger Hindernisse im Weg, sondern können getätigt werden. Auch in der Jahresrechnung vom Jahr 2016 hat ein Minderaufwand durch tiefere Investitionen stattgefunden, und dies zeigt sich bei den Abschreibungen mit 1,9 Mio. Franken weniger. Natürlich sind die tieferen Investitionen auch beispielsweise wegen hängigen Rekursen. Trotzdem wünschen wir von der SP uns, dass der SR hohe Priorität walten lässt bei Investitionen in Schulhäuser, in den neuen Busbahnhof und andere geplanten Investitionen wie im Hallenbad. Die Attraktivität von Adliswil muss dringend beibehalten werden können. Adliswil wird immer grösser und soll gerade auch für Neuzuzüger attraktiv sein. Darunter verstehen wir unter anderem einen gut ausgebauten Service public, qualitativ gute Schulen, bezahlbare Wohnungen (gerade auch für Familien) sowie genügend Infrastruktur für ältere Menschen, aber auch genügend Arbeitsplätze und Möglichkeiten für Vereinsaktivitäten.

Gerne möchten wir von der SP-Fraktion allen Mitbeteiligten unsere Wertschätzung ausdrücken: Wir danken den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Ihren tatkräftigen Einsatz durchs Jahr hindurch. In den verschiedenen Ressorts werden täglich wichtige Entscheidungen gefällt, es wird motiviert gearbeitet, es werden Neuerungen umgesetzt und dafür gesorgt, dass in Adliswil möglichst viele Bedürfnissen gedeckt werden. Dankeschön!

4. Postulat von Hans Weber vom 1. Juli 1981 (SRB 2017-3)

Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der Sachkommission
Für die Sachkommission hilet Mariann Oswald (Die Grünen) folgendes Votum:

Karl Engel, Heinz Lüdi, René Botteron und Roger Wehrli. Das sind alles Spieler der Schweizer Fussball-Nationalmannschaft - einfach nicht von heute, sondern aus dem Jahr 1981. Also exakt aus dem Jahr, in welchem das Postulat eingereicht wurde, über welches wir heute befinden werden. Es ist übrigens das gleiche Jahr, in dem Ronald Reagan Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika wurde. In der heutigen, schnell-lebigen Zeit scheint das Jahr 1981 Lichtjahre zurückzuliegen. Man muss sich aber unweigerlich die Frage stellen, warum dieses Geschäft so lange auf der Pendenzenliste des GGR Adliswil zu finden war. Ich persönlich vermute, dass es daran liegt, dass im Postulat auch heute noch sehr viel Wahres steckt.

Schauen wir uns die Lage von 1981 einmal etwas genauer an. Hans Weber führt in seinem Postulat aus, dass es damals Familien gab, die bis zu 50% ihres Einkommens für die Wohnungsmiete ausgeben mussten. Wie sieht denn diese Situation heute aus? Der Stadtrat führt in seinen Erwägungen aus, dass heutige Paare mit Kindern nur noch knapp 22% ihres monatlichen Einkommens für das Wohnen aufwenden. Jedoch sind heute meist beide Elternteile erwerbstätig, damit neben den Ausgaben für die Miete eben noch mehr übrig bleibt zum Leben. Oder auch z.B. für die seit den 80er Jahren deutlich gestiegenen Krankenkassenprämien.

Für Familien ist es nicht einfach, eine Wohnung zu finden, die genug gross, in kinderfreundlicher Umgebung und erst noch bezahlbar ist. Viele Siedlungen mit günstigen Wohnungen sind schon älter und werden in den nächsten Jahren saniert. Danach werden die Mietzinsen entsprechend höher ausfallen.

Hans Weber führt weiter auf, dass in den letzten zwölf Jahren - also von 1969 bis 1981 - nicht viel im Bereich des sozialen Wohnungsbaus passiert sei. In diesem Zeitraum ist lediglich die Alterssiedlung Im Tal gebaut worden. Bei der Prüfung des Geschäfts wollte die

SAKO vom Stadtrat wissen, was er seit 1981 für den sozialen Wohnungsbau gemacht hat. Dabei stellte sich heraus, dass ebenfalls nicht viel geschah. Auch in den letzten Jahren hat man vor allem in Altersbauten investiert. Angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung war dies sicherlich nötig und korrekt. Und wenn durch den Umzug in eine Alterseinrichtung Wohnungen frei werden, kommt das sicher auch den Familien zu Gute. Um jedoch wie im Postulat gefordert Bauland an Baugenossenschaften zu vermitteln, fehlt Adliswil schlicht das Grundeigentum.

Obwohl also gewisse Teile dieses 36 Jahre alten Postulats heute noch Gültigkeit haben, findet die SAKO, genau gleich wie der Stadtrat, dass man dieses Geschäft von der Pendenzenliste nehmen soll. Es macht keinen Sinn mehr, wenn man dieses Geschäft aus nostalgischen Gründen darauf lässt. Die SAKO hofft aber darauf, dass der SR, wie er in den Erwägungen aufführt, auch zukünftig darauf bedacht ist, Liegenschaften bzw. Land von taktischem oder strategischem Wert zu erwerben. Vielleicht ergibt sich ja so die Möglichkeit, dass der SR ein weiteres Mal Land oder eine Liegenschaft einer Genossenschaft oder einer anderen Institution für sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen kann. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Das Votum der FDP/EVP-Fraktion hilet fest, es gäbe ein ausreichendes Angebot an bezahlbaren Wohnungen in Adliswil. Daraufhin gab Wolfgang Liedtke für die SP-Fraktion das folgende Vorum ab:

Sehr geehrter Herr Ratspräsident, geschätzte Damen und Herren. Den Postulanten, die übrigens nicht ausschliesslich der damaligen SP-Fraktion angehörten, ging es 1981 um sozialen und allgemeinen Wohnungsbau durch Baugenossenschaften in Adliswil. In seiner Stellungnahme zur Antwort des Stadtrates in der Sitzung am 29. Juni 1982 bemängelte Hans Weber, dass seit 1970 diesbezüglich in Adliswil nichts mehr getan wurde.

Der Stadtrat nahm 1982 ausführlich Stellung zum Postulat. Er untersuchte die Möglichkeiten, auf dem einzigen verfügbaren städtischen Baugrundstück in der Eggstrasse Sozialwohnungen oder Wohnungen im allgemeinen Wohnungsbau zu errichten, stellte Berechnungen dazu an und kam zu dem Schluss, dass die Ausnutzung des Grundstückes kein ausreichendes Bauvolumen zulies, um zu den damaligen Finanzierungsbedingungen nachhaltig preisgünstige Wohnungen zu erstellen. Man kann festhalten, dass der Stadtrat 1982 eine ausführliche, seriöse Stellungnahme geliefert hat. Zudem hat er das Postulat auf die Pendenzenliste genommen.

Nun zu den Erwägungen des Stadtrates zur Abschreibung des Postulats. Diese sind nicht nur äusserst mager, sondern hantieren auch mit falschen Zahlen.

So werden die Erwägungen eingeleitet mit der Feststellung, dass 1982 rund 50 % des Einkommens für das Wohnen aufgewendet wurden, heute dagegen 21,7 %. Schaut man sich die Zahlen des Bundesamtes für Statistik über Wohnungsmieten und über Nominallöhne an, so stellt man aber fest, dass die Durchschnittsmiete seit 1982 bis heute um 116 % gestiegen ist, der Nominallohn um 98 %. Die Mieten sind also stärker gestiegen als das Einkommen. Dass man heute einen kleineren Teil des Familieneinkommens für das Wohnen ausgibt, liegt daran, dass das Familieneinkommen heute meistens aus zwei Löhnen besteht, 1982 dagegen Frauen in Familien mit Kindern in der Regel nicht erwerbstätig waren (die Erwerbstätigkeit der Frauen über alle Altersgruppen ist seit 1982 um ca. 60 % gestiegen). Ausserdem sind seit 1982 für Familien mit Kindern andere Kosten gestiegen oder hinzugekommen, zum Beispiel Krankenversicherung, Steuerbelastung, Betreuungskosten für Kinder, wenn beide Eltern berufstätig sind.

Weiterhin argumentiert der Stadtrat, dass der Leerwohnungsbestand heute nicht so niedrig ist wie in den Achtziger Jahren. Als Vergleich führt er das Jahr 1984 mit 0,1 %

Leerwohnungsbestand in Adliswil an. Liebe Kollegen, haben Sie sich gefragt, warum 1984 angeführt wird und nicht das Jahr der Behandlung des Postulats 1982? Ich habe mich das gefragt und festgestellt, 1984 war das einzige Jahr zwischen 1970 und 1990, in dem keine einzige neue Wohnung in Adliswil fertiggestellt wurde. 1983 dagegen waren es 66 neue Wohnungen, 1981 59, 1980 167, in den Jahren davor 128, 140 und so weiter. Ehre dem, der Schlechtes dabei denkt! Der Leerwohnungsbestand war also nicht immer so niedrig wie

gerade 1984. Es ging Hans Weber aber nicht um den Wohnungsmarkt insgesamt, sondern um bezahlbaren Wohnraum für Familien mit Kindern.

Was wurde in den letzten 35 Jahren getan, um das Postulat von Hans Weber zu erfüllen? Der Stadtrat führt in seinen Erwägungen an, dass die Stadt 1996 im Gebiet Dietlimoos 107'000 m² Land kaufte und dort Wohnraum für 1'500 Einwohner geschaffen wurde. Ja, aber keine einzige Sozialwohnung, sondern im Gegenteil Wohnungen im gehobenen Preissegment. Die Stadt verfügt in Dietlimoos immer noch über zwei Baufelder für gemischte Nutzung, macht aber geltend, dass diese Nutzungsart für Sozialwohnungen oder preisgünstige Genossenschaftswohnungen nicht geeignet sei. Wieso denn nicht? Gibt es nicht in der Stadt Zürich genossenschaftliche Wohnungen auf Baugrund mit gemischter Nutzung? Der Stadtrat verweist weiterhin auf sein Engagement bei der Erstellung von altersgerechten Wohnungen. Das ist gut so, denn hier gibt es ein wachsendes Bedürfnis. Und Senioren, die in altersgerechte Wohnungen ziehen, machen familiengerechte Wohnungen frei. Wohnungen freilich, die oft schön älter sind, dann häufig saniert werden und danach deutlich teurer wieder auf den Wohnungsmarkt kommen.

Schliesslich bringt der Stadtrat noch vor, seit 1965 (!) Grundstücke im Baurecht an Genossenschaften abgegeben zu haben. Ja, richtig, das erwähnte ja schon Hans Weber in seinem Postulat von 1981, aber eben seit 1970 ist keiner Baugenossenschaften in Adliswil Bauland zur Verfügung gestellt worden. Es konnten lediglich einige zusätzliche Genossenschaftswohnungen durch eine höhere Ausnutzung der Grundstücke erstellt werden. Die Beantwortung der Interpellation von Marianne Oswald 2015 belegt, wie viele Gelegenheiten man trotz des Postulats von Hans Weber ungenutzt gelassen hat.

Was zeigt uns der Vergleich zwischen 1982 und 2017? Ich meine abgesehen davon, dass die Qualität der Stellungnahme des Stadtrates von 1982 und die der Erwägungen des Stadtrates von 2017 nicht zu vergleichen sind? Ich möchte festhalten, dass die Rahmenbedingungen auf dem Wohnungsmarkt zwischen damals und heute nicht so unterschiedlich sind, wie der Stadtrat dies darstellt, allerdings die Finanzierung von Immobilien zurzeit wesentlich günstiger als vor 35 Jahren wäre.

Die Initiative von Hans Weber ist nicht obsolet geworden, sondern immer noch aktuell. Die Entwicklung im Adliswiler Wohnungsbau seit 1982 und der geringe Stellenwert, den das Thema bei unserem Stadtrat hat, beweist jedoch die Notwendigkeit, es nicht zu den Akten zu legen. Es ist nicht abzustreiten, dass Webers Initiative nach 36 Jahren auf ein neues Fundament gestellt werden muss. Aus diesem Grunde verweigert sich die SP-Fraktion nicht der Abschreibung, kündigt aber gleichzeitig an, dass für sie das Thema «preisgünstiger Wohnraum» damit nicht abgeschlossen ist, sondern im Gegenteil auf unsere Pendenzenliste kommt.

5. Kopfholz, Erweiterungsbau; Kreditabrechnung

(SRB 2017-59) Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission

Auf Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission wurde hat der Gemeinderat den Antrag des Stadtrates auf Abnahme der Kreditabrechnung angenommen.

6. Finanzielle Situation Kinderhaus Werd

(SRB 2017-126) Interpellation von Marietta Werder (FDP) und Mario Senn (FDP)

Die Meinung der SP-Fraktion hielt Sait Acar in dem folgenden Votum fest:

Geschätzte Damen und Herren im Rat und auf der Tribüne

Ich bin dankbar, dass diese Interpellation eingereicht wurde. Die Antworten des Stadtrats zeigen nämlich einige aufschlussreiche Dinge auf, welche die Interpellanten so sicherlich nicht erwartet hätten.

- 1. Die Grafik unter der Antwort auf die erste Frage zeigt klar auf, dass das Kinderhaus Werd nicht nur defizitär ist. So wie es die Fragen der Interpellanten suggerieren sollen. Es zeigt sich, dass in den Jahren 2012 bis 2014 namhafte Beträge in den Fonds für die Spezialfinanzierung einbezahlt wurden. Grundsätzlich kann man also sagen, dass das Kinderhaus Werd auf einem soliden finanziellen Fundament steht.*
- 2. Der Stadtrat kann plausible Gründe für die Defizite von 2015 und 2016 aufführen und er hat bereits nötige Anpassungen getroffen. Wie zum Beispiel die Möglichkeit, dass Kinder auch nur an einem Tag betreut werden können. Des Weiteren wurden die Stellenprozente angepasst, weil neu nur noch kleinere Gruppen betreut werden.*
- 3. Der Stadtrat führt in seiner Antwort auf, dass auch private Krippen defizitär seien. Dies sei im Rahmen der Aufsichtstätigkeit der Sozialkommission festgestellt worden. Für mich also einmal mehr ein Beispiel, dass privat finanzierte Dienstleistungen nicht immer besser oder gar billiger sein müssen. Auch wenn uns gewisse Parteien etwas anderes eintrichtern möchten. Wenn man dann noch mit Eltern spricht, die ihre Kinder in private Krippen schicken oder vielmehr schickten, wird einem klar, dass die Zustände da nicht immer an eine heile Welt erinnern.*

Zum Schluss erlaube ich mir noch eine persönliche Bemerkung zu machen. Ich bin froh, dass Krippen - auch private Krippen Richtlinien unterstellt sind. Insbesondere begrüsse ich, dass Gruppen- und Raumgrösse nicht einfach der Profitgier unterstellt werden können und geregelt sind. Ich teile also die Kritik, die offensichtlich auch die Mehrheit des Stadtrates gegenüber dem Betreuungsverhältnis, der Gruppengrösse und der Fläche von Krippen hat, nicht. Solche Regeln braucht es zum Wohl der Kinder!

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion und den Vorstand

Wolfgang Liedtke